

Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Eisblatt und Anzeiger).

Verlagsort:
Tageblatt Riefa,
Heimat Nr. 28,
Postfach Nr. 22.

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riefa, des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptzollamts Weißenhöfchen bestimmes Blatt.

Verlagsort:
Dresden 1888,
Grafstraße,
Riefa Nr. 22.

Nr. 21.

Freitag, 25. Januar 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Postgebühren. Für den Fall des Interesses von Produktionsunternehmungen, Verfassungen der Aktien und Aktienkurse behalten wir uns das Recht der Verdrängung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 1 mm hohe Anzeigenschrift (8 Spalten: 16 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Anzeigenschrift 100 Gold-Pfennige; gelbdruckte und tabellarische Satz 50%, Kupfdruck, 75% Satz. Spezialtarif nachstehend, wenn der Betrag verfallt, wenn Klage eingegangen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geht. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Nützliche Anzeigenschrift: 100 Gold-Pfennige. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Ereignisse hat der Redakteur, der Druckereibesitzer oder der Verleger keine Haftung auf Erfüllung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Postfach 22. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Riefa; für Anzeigen: Wilhelm Gittich, Riefa.

Sächsischer Landtag.

Hl. Dresden. Der Landtag hat heute ein außerordentlich reichhaltiges Bild. Auf den öffentlichen Tribünen waren nur wenige Zuschauer erschienen. Aber doch übertraf ihre Zahl noch die der im Saale anwesenden Abgeordneten. Die Urliste dieser Erscheinung erfuhr man nach der Beratung des ersten Punktes; es sollten heute keine Bestimmungen stattfinden. Wahrscheinlich war eine größere Anzahl Abgeordneter durch die Gräve Woche oder andere wichtige Veranstaltungen am Erscheinen verhindert und man wollte Zufallsabweisungen bei den Bestimmungen vermeiden. Für viele andere schienen nunmehr die Beratungen alles Interesse verloren zu haben; sie flohen den Sitzungssaal.

Den ersten Beratungsgegenstand bildet ein Antrag auf Erteilung der Ermächtigung zur Strafverfolgung des verurteilten Schriftleiters der Zeitung „Der Nationale Sozialist für Sachsen“ wegen des Artikels „Aus dem sächsl. Landtag — Deutschnationale kommunistische Einheitsfront“, sowie zur Strafverfolgung des unbekannt gebliebenen Verfassers des Artikels. Der Rechtsausschuss beantragt, die vom Staatsanwalt verlangte Ermächtigung zur Strafverfolgung abzulehnen.

Eine Abstimmung findet heute nicht statt, da eine Anzahl Abgeordneter anderweitig in Anspruch genommen ist. Es folgte die zweite Beratung über den Gesetzentwurf zur Änderung des Bundeswahlgesetzes, sowie über die sozialdemokratischen und kommunistischen Entwürfe auf Änderung dieses Gesetzes. Der Ausschuss beantragt, die Vorlage unperändert anzunehmen.

Der kommunistische Antrag, der Vorschläge über den Vertreter für den Arbeiter-Abteilung beim Kulturbund bringt, wird zur Ablehnung empfohlen.

Die gleiche Bemerkung erhalten ein sozialdemokratischer Antrag auf Berücksichtigung der neuen Besoldungsordnung der Beamten bei den Tarifverhandlungen für die Arbeiter und Angestellten, sowie ein kommunistischer Antrag wegen Angleichung der Gehälter und Löhne der sächsl. Staatsangestellten, Staatsarbeiter usw. an die neuen Besoldungsätze der Beamten.

Abgelehnt werden ferner ein kommunistischer Antrag auf Durchführung des Dreifachsystems und des Achtstundentages in der Metallindustrie, sowie ein sozialdemokratischer Antrag, der sich gegen Ausnahmemaßnahmen zur Verlängerung der Arbeitszeit für Arbeiterinnen und Jugendliche richtet.

Weitere Entwürfe, die ebenfalls zur Ablehnung empfohlen werden, betreffen die Heilung des Gewerkschaftsrechts im Hause L. G., die Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Die Angelegenheiten haben den Landtag bereits wiederholt beschäftigt. Wesentlich neue Gesichtspunkte treten nicht hervor.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 31. Januar, 13 Uhr. Tagesordnung: Abstimmung über die heute verhandelten Gegenstände und Entwürfe des Finanzministeriums.

Reichsratsbeschlüsse.

Obd. Berlin. Der Reichsrat erteilt in seiner öffentlichen Sitzung vom Donnerstag dem Beschluß der Seidenwebereigesellschaft, monach sich dies vom 1. Jan. ds. Jrs. ab mit den Reguliervorgeschritten vereinigt, seine Zustimmung.

Ferner wurde angenommen der Gesetzentwurf über die internationalen Übereinkommen, betreffend das Mindestalter für Zulassung von Kindern zur Arbeit auf See (14 Jahre), über das Mindestalter für die Zulassung von Jugendlichen zur Beschäftigung als Kabinenknaben (Krimmer) oder Felger (18 Jahre) und über die schiedsgerichtliche Unterwerfung der in der Geschäftsfahrt beschäftigten Kinder und Jugendlichen.

Schließlich genehmigte der Reichsrat den Gesetzentwurf, durch den der sogenannte Kellogg-Pakt für Deutschland ratifiziert wird. Es handelt sich dabei bekanntlich um die Bestätigung des Krieges; der Krieg wird als Mittel zur Lösung internationaler Streitigkeiten bezeichnet.

Wieder Koalitionsverhandlungen.

qu. Berlin. Während das Plenum des Reichstages tagte, trafen auf Einladung die Führer der Parteien beim Reichskanzler zusammen, um die Steuererlässe und hinsichtlich der Koalitionsverhandlungen zu besprechen. Wie wir aus den Verhandlungen erfahren, vertrat der Reichskanzler die Parteiführer für schließliche Zustimmung zu den Steuererlässen zu bewegen, degenote aber bei allen Punkten zumber Ablehnung. Die Parteiführer erklärten, daß sie noch nicht in der Lage wären, zu der Frage überhaupt endgültige Stellung zu nehmen, da sie zunächst die weitere Entwicklung der Staatsberatung im Reichsrat abwarten müssen, sobald innerhalb der Parteien die Steuerforderungen prüfen wollen, um unter Berücksichtigung der jetzt aufgetretenen öffentlichen Kritik die Haltung festzulegen. Sie bekannten, ohne indessen sich zunächst zu binden, jetzt bereits, welchen Steuererhöhungen sie nicht sonderlich geneigt seien.

Der Reichskanzler gab sodann die Äußerung, die Koalitionsverhandlungen wieder aufzunehmen, da wesentliche Schwierigkeiten in nicht-bekanntem und im Laufe dieser Verhandlungen die Steuerforderungen zu verlegen durch ein Komпромiß, das allen gerecht wird. Die Parteiführer waren

Die erste Sitzung des Reichstags im neuen Jahre.

Beratung über Rechtsverhältnisse der Bartgeldempfänger.

Entsprechend und Entwerfer im Reichstag.

In die Verhandlungen des ersten Sitzungstages des Reichstags im neuen Jahr brachten eine neue Einrichtung und eine schon etwas abgenutzte Demonstration einige Abwechslung. Auf der Tagesordnung stand nur das neue Beamtenabbaugesetz. Als Finanzminister Dr. Hilferding keine Vorlage begründen wollte, blieb er im Hause und auf den Tribünen infolge der lebhaften Gespräche der Abgeordneten ziemlich unverständlich. Deshalb schaltete Präsident Lohse die neuen Kaufpreiser ein — und ließ da: Dr. Hilferding konnte sich verständlich machen. Er legte dar, daß wir infolge des Beamtenabbaues immer noch allzuviel Bartgeldempfänger hätten, die nicht verpflichtet seien, vorübergehende Beschäftigung bei Behörden anzunehmen. Diese Verpflichtung will das neue Gesetz ihnen jetzt auferlegen. Außerdem sollen sie durch einige Vergünstigungen veranlaßt werden, sich pensionieren zu lassen, wenn sie auf Wiederverwendung keinen Wert legen. Ältere Beamtenabbaubeamte will man mit Hilfe des neuen Gesetzes sogar zwangsweise pensionieren. Der Finanzminister hofft, auf diese Weise bedeutende Ersparnisse erzielen zu können.

Obd. Berlin, 24. Januar, 3 Uhr.

Präsident Lohse begrüßt die Abgeordneten zur ersten Sitzung im neuen Jahre.

Der neue kommunalpolitische Ausschuss soll 26 Mitglieder erhalten.

Abg. Schäfer (Komm.) beantragt, zunächst die Interpellation seiner Fraktion über die Rat der Erwerbslosen und die Interpellation über die Pangerkreuzerdenkschrift zu beraten.

Der Vorschlag wird widersprochen.

Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt das

Gesetz über die Bartgeldempfänger.

Die auf Bartgeld gestellten Beamten sind bisher nur dann verpflichtet, einer neuen Einderung Folge zu leisten, wenn sie eine Planstelle erhalten sollen, die ihrem früheren Rang entspricht. Durch den Personalabbau ist die Zahl der Beamtenabbaubeamten sehr groß geworden. Die Vorlage will ihre Zahl dadurch vermindern, daß sie sie verpflichtet, auch außerplanmäßige Stellen anzunehmen, wenn die Beschäftigung an ihrem Wohnort mindestens vier oder außerhalb mindestens acht Monate dauert. Ferner können die Bartgeldempfänger sich unter Anrechnung der Bartzeit freiwillig pensionieren lassen. Ältere Beamtenabbaubeamte sollen zwangsweise pensioniert werden können.

Mit der Beratung verbunden wird ein deutschnationaler Antrag zur Wahrung des Beamtenabbaugesetzes.

Reichsfinanzminister Dr. Hilferding teilt mit, daß die Zahl der Bartgeldempfänger durch die Personalabbauverordnung auf 110 000 gestiegen, zwischen allerdings wieder auf 80 000 gesunken sei. Er hofft, daß recht viele von ihnen die Vergünstigungen des vorliegenden Entwurfs in Anspruch nehmen und sich pensionieren lassen werden. Die Regierung erwarte von dem Gesetz eine Rationalisierung der Beamtenverhältnisse. Die Beamten

könnten wählen, ob sie sich wiederverwenden oder pensionieren lassen wollten. Der Minister bittet um beschleunigte Beratung und Beratung im Haushaltsausschuss.

Abg. Gottsche (Dn.) erinnert an die Mitteilung des früheren Finanzministers Dr. Köhler, daß die Wiederverwendung der Abgebauten an dem Widerstand der Dienststellen scheiterte. (Hört! Hört! S. d. Dn.) Darauf sei wohl diese neue Vorlage zurückzuführen. Es habe lange gedauert, bis sie gekommen sei, sie sei aber trotzdem nicht gut. Man könne sie jedenfalls nicht, wie die Regierung wünsche, in wenigen Tagen durchprüfen (Zust. recht). Der Entwurf greife tief in wohlverdienene Rechte der Beamten ein und müsse deshalb gründlich geprüft werden. Schon jetzt könne man feststellen, daß er in wesentlichen Punkten die Rechtsstellung der Beamtenabbaubeamten verschlechtert. Zu begrüßen sei die Tendenz, durch Vergünstigungen Pensionen zu erleichtern. Abzulehnen sei aber jede Zwangsverpflichtung. Zu begrüßen sei die dem deutschnationalen Antrag entsprechende Bestimmung des Entwurfs, die die richterliche Ratifizierung der Voraussetzungen für die Zwangsverpflichtung fordert. Die Deutschnationalen würden ihre Zustimmung von der Annahme ihrer Anträge abhängig machen.

Abg. Torgler (Komm.) erhebt gleichfalls Protest dagegen, daß dieses Gesetz durchgepeitscht werde. Der Entwurf habe keine Ersparnisse mit sich gebracht, denn an Stelle der Beamten seien lediglich Angestellte getreten. In vielen Fällen habe man nur politisch unbrauchbare Beamte loswerden wollen. Diefem schlechten Gesetz kündigten sie schon jetzt schärfsten Kampf an.

Abg. Siegfried (Dn.) begrüßt die Vorlage, die den Sparmaßnahmen der Partei entsprechende Änderungen werde die Partei dem Gesetz nur dann zustimmen, wenn aus ihm dem Reich keine neuen finanziellen Belastungen erwachsen.

Abg. Dr. Fried (Nat.-Soz.): Nach dieser Rede scheint mir die Wirtschaftspartei regierungsfähig geworden zu sein. (Geisterf.) Die Entwertung der Beamtenabbaubeamten wird durch dieses Gesetz nicht aufgehoben, sondern fortgesetzt. Das Gesetz bringt neue Eingriffe in wohlverdienene Rechte der Beamten; das machen wir nicht mit! Damit fällt die erste Beratung des Gesetzes. Die Vorlage wird dem Haushaltsausschuss überwiesen.

Ein Antrag Torgler (Komm.), am Freitag die Erwerbslosen- und die Pangerkreuzer-Interpellation zu beraten, wird gegen die Antragsteller abgelehnt.

Darauf erhoben sich auf der Tribüne zahlreichere Männer und rufen im Chor: „Wir Arbeitslosen verlangen Arbeit und Brot!“ Einige entfallen ein weißes Banner mit einer Aufschrift und lassen es in den Saal flattern. Diener des Hauses bemühen sich vergeblich, die Rufen von der Tribüne zu entfernen.

Da die Tagesordnung erschöpft ist, schließt Präsident Lohse die Sitzung um 4 Uhr 30. Am Freitag um 2 Uhr soll das Steuervereinfachungsgesetz beraten werden.

Nachdem Präz. Lohse den Saal verlassen hat, und während die Abgeordneten den Saal verlassen, legen zahlreiche Tribünenbesucher den Rärm unter Geknallen der kommunistischen Abgeordneten fort. Erst nach einigen Minuten tritt Ruhe ein.

mit den Koalitionsverhandlungen einverstanden, und obwohl für diesen Fall bereits bestimmte Forderungen, namentlich seitens des Zentrums vorliegen, haben die Parteiführer zunächst um Aussetzung der Frage gebeten, da die Fraktionen sich auch mit dieser Kurzung zunächst zu beschäftigen haben. Der Reichskanzler übernahm es, die Koalitionsverhandlungen weiter zu leiten und die Parteien an einem der nächsten Tage wieder zusammen zu berufen. Die gegenseitigen Beziehungen haben also nach keiner Richtung eine Klärung gebracht, aber man darf sagen, daß die Koalitionsverhandlungen wahrscheinlich in Fluß kommen und in diesen Verhandlungen wohl auch die Entscheidung über die Steuern fallen werden.

Stichtagübertragung in Doorn.

Doorn. (Tel.) Am gestrigen Donnerstag brachten einige Herren des früheren Großen Ostpreussens, der früheren Umgebung und der Arbeitsgemeinschaft u. a. Generaladjutant General v. Sontard und General v. Berg dem Kaiser in Doorn ihre Glückwünsche zum 70. Geburtstag, der bekanntlich am 27. Januar ds. Jrs. stattfindet, dar. Der Gesandte v. D. Krader v. Schwarzstein überreichte bei dieser Gelegenheit die Grotte des Großen Kaiserhofs, durch welche dem früheren Kaiser gewisse Geldmittel für Wohltätigkeitszwecke, Freistellen in Krankenhäusern und Möglichkeiten für die Erholung Kranker und Arbeitsloser zur Verfügung gestellt werden.

Die Teilnahme an der Feier in Doorn.

X M i t e r d a m. (Verl. telegr.) Wie aus Doorn zuverlässig verlautet, wird dort am kommenden Sonntag zum

70. Geburtstag des ehemaligen deutschen Kaisers dessen nächste Familie so gut wie vollständig versammelt sein. Neben den nächsten Angehörigen des ehem. Kaisers werden auch verschiedene entferntere Verwandte erwartet, jedoch zusammen etwa 60 Mitglieder der ehem. Kaiserlichen Familie in Doorn versammelt sein werden. Weiter ihnen dürften noch einige Persönlichkeiten, die dem ehemaligen Kaiser früher sehr nahe gestanden haben, nach Doorn kommen.

500 Überärzte in Berlin.

X Berlin. Zur Feier ihres 50jährigen Bestehens hatte die Gynäkologische Gesellschaft die Überärzte der ganzen Welt nach Berlin geladen. Dieser Einladung folgten 500 Gynäkologen aus aller Welt. Zum ersten Mal seit dem Kriege sind auch wieder Mitglieder französischer und italienischer Ärzteorganisationen erschienen. Die Ärzte werden in den nächsten Tagen in Vorträgen und Ausreden ihre Erfahrungen und Kenntnisse austauschen. In der gestrigen Sitzung wurde zunächst eine Reihe neuer Ernennungen zu ihren Mitgliedern verschiedener gynäkologischer Gesellschaften und Verbände bekanntgegeben. Die nächste deutsche Tagung soll in Bad Oker abgehalten werden.

Kreuzer „Berlin“ in Argoskolon.

X Berlin. Kreuzer „Berlin“ ist in Argoskolon ein- getroffen.